

13. Juni 2018
Pressemitteilung

Bremeneckgasse 2
69117 Heidelberg

Fon: 06221 – 9811-01
Fax: 06221 – 9811-90

zentralrat@sintiundroma.de
www.sintiundroma.de

**Zentralrat Deutscher Sinti und Roma verurteilt die erneute Vertreibung von Roma in der Ukraine durch paramilitärische Organisationen
Zentralrat fordert die ukrainische Regierung auf, die Sicherheit von Minderheiten zu gewährleisten**

Erneut wurden mehrere hundert Roma in Kiew Opfer einer Zwangsvertreibung durch paramilitärische Organisationen. Nachdem zuerst die in einer informellen Siedlung lebenden Romafamilien massiv bedroht wurden, zerstörten die paramilitärischen Organisationen sämtliche Unterkünfte der Roma. Wie im Internet gezeigte Videos dokumentieren, erfolgte die Zerstörung durch ukrainische Nationalisten.

Roma in der Ukraine leben unter extremen Armutsbedingungen. Die aus dem von Rußland okkupierten Teil der Ukraine geflüchteten Familien sind meist völlig mittellos und erhalten keine staatliche Unterstützung und nur wenig humanitäre Hilfe.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wendet sich deshalb an den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Ukraine, S.E. Herr Andrii Melnyk, mit der Bitte, die Sorge um die Sicherheit von Minderheiten in der Ukraine der dortigen Regierung vorzutragen. Außerdem bat der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose um Aufklärung über die weiteren Konsequenzen aus den pogromartigen Übergriffen, die seit geraumer Zeit gegen Roma in der Ukraine stattfinden.

Zuletzt waren im April des Jahres Romafamilien gewaltsam von nationalistischen, rechtsextremen Organisationen vertrieben worden. Die Übergriffe und pogromartigen Ausschreitungen in der Ukraine reihen sich ein in die Gewalttaten gegen Roma auch in anderen Ländern der Region : zuletzt wurde ein Angehöriger der Roma-Minderheit in Bulgarien ermordet; die Tat hatte einen eindeutig rassistischen Hintergrund. Am 6. Juni 2018 wurde ein 13-jähriges Mädchen in Griechenland erschossen; die Tat hatte wiederum einen eindeutig rassistischen Hintergrund.

„Trotz der schwierigen innenpolitischen Situation der Ukraine auf Grund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Rußland darf die ukrainische Regierung die menschenfeindliche Vertreibung von Romafamilien nicht tolerieren. Nationale Minderheiten bedürfen eines besonderen Schutzes seitens des Staates“ erklärte Romani Rose.

„Gewaltsame Übergriffe gegen Roma sind zunehmend Alltag in der Region; die verantwortlichen Regierungen schweigen ebenso die meisten Medien. Antiziganismus gilt als Normalität“, so Rose. Hier besteht eine Verantwortung aller demokratischer Einrichtungen und Institutionen, auf nationaler wie auf europäischer Ebene, endlich mit ernsthaften Schritten gegen diesen gewaltbereiten und oft tödlichen Rassismus gegenüber den nationalen Minderheiten vorzugehen.

Herbert Heuß
Wissenschaftlicher Leiter
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
www.sintiundroma.de